Wenn man dann noch hier eine Debatte, in der es eigentlich gar nicht um Gentechnik geht,

(Henning Höne [FDP]: Natürlich, es geht nur um Gentechnik!)

sondern um die Frage von verwaltungsmäßiger und rechtmäßiger Umsetzung von EU-Recht, so ideologisch auflädt und rote und grüne Gentechnik einfach durcheinanderwirft, nicht weiß, was geschlossene Systeme und offene Systeme sind, die sozusagen nicht rückstandsfrei sind, dann habe ich den Eindruck, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, dass selbst Karl Marx weniger Ideologe und mehr Realpolitiker war als Herr Höne bei dem, was er heute hier im Parlament präsentiert hat.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich möchte auf das zu sprechen kommen, aber auch wieder die Babuschka-Figur bemühen, worum es eigentlich geht. Wir würden heute überhaupt nicht diskutieren, wenn die Bundeskanzlerin, wenn Frau Merkel es seinerzeit bei der Beschlussfassung auf der EU-Ebene zugelassen hätte, ein einheitliches europäisches Anbauverbot tatsächlich zur Durchsetzung zu bringen. Es war die Bundeskanzlerin, die das verhindert hat und die verantwortlich ist, dass wir überhaupt heute miteinander diskutieren müssen.

Ich kann Ihnen das nicht ersparen, Frau Schulze Föcking, eindeutig darauf hinzuweisen: Wir haben in dieser Frage ein einstimmiges Votum aller Agrarministerinnen und -minister aller Bundesländer, aller Umweltministerinnen und -minister aller Bundesländer, einschließlich des Bundesumweltministers. Selbst im eigenen Haus von Herrn Schmidt ist man nicht überzeugt, dass die Haltung von Herrn Schmidt, die er irgendwo im stillen Kämmerlein mit zwei Juristen definiert hat, die richtige ist.

Also, der Bundeslandwirtschaftsminister ist völlig isoliert. Da frage ich mich, warum ich näher bei Herrn Brunner bin als bei Ihnen. Herr Brunner kämpft für Bayern. Wir kämpfen für Nordrhein-Westfalen. Da stehen wir Seite an Seite. Da wäre es schon ganz gut, wenn Sie uns auch unterstützen würden, Frau Schulze Föcking.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wenn man tatsächlich zu der Auffassung kommt, da sind zwei unterschiedliche Rechtsmeinungen – auch wenn wir hier vier Gutachten haben, die eindeutig bestätigen, dass man es bundesweit machen muss –, wenn wir der Rechtsauffassung von Herrn Schmidt folgen würden, müssten wir logischerweise hier im Landtag Nordrhein-Westfalen sagen – denn es muss in Hamburg umgesetzt werden, es muss in Bremen umgesetzt werden, es muss überall regional definiert werden –: Wir müssen es den Kommunen überlassen. Stellen Sie sich das einmal vor! Gentechnikverbote, die von den Kommunen, Kreisen und kreisfreien Städten ausgesprochen werden. Was für ein Verwaltungswirrwarr!

Wir brauchen eine bundeseinheitliche Lösung, auch aus Wettbewerbsgründen im Übrigen. Selbst wenn es den einen oder anderen rechtlichen Zweifel geben sollte, muss man am Ende politisch entscheiden. Politisch heißt: Wir wollen das entsprechend um- und durchsetzen. Da sind sich alle einig, nur Herr Schmidt nicht.

Ich freue mich auf die Unterstützung des Landtags Nordrhein-Westfalen. Die Landesregierung jedenfalls wird sich im Bundesrat zusammen hoffentlich mit allen anderen Bundesländern eindeutig positionieren. So jedenfalls haben wir das beschlossen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Remmel.

Wir kommen zur Abstimmung. Die antragstellenden Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten haben direkte Abstimmung beantragt. Also stimmen wir ab über den Inhalt des Antrags mit der Drucksachennummer 16/8987 – Neudruck. Wer stimmt diesem Antrag so zu? – SPD, Grüne und Piratenfraktion. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP stimmen dagegen. Gibt es Enthaltungen? – Es gibt keine Enthaltungen. Damit ist der **Antrag Drucksache 16/8987** - **Neudruck** - mit breiter Mehrheit gegen die Stimmen von CDU und FDP **angenommen**.

Ich rufe auf:

12 Chancen und Risiken des digitalen Arbeitswandels 1 – Click- und Crowd-working

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/8973

Alle fünf im Landtag vertretenen Fraktionen haben sich entgegen dem Ausdruck in der Tagesordnung darauf verständigt, die Aussprache nicht heute, sondern nach Vorlage der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses durchzuführen.

Wir stimmen also direkt ab. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags Drucksache 16/8973** an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk**. Aussprache und Abstimmung sollen nach Vorlage der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses erfolgen. Wer stimmt dem so zu? – Gibt es Enthaltungen? – Gegenstimmen? – Das ist einstimmig so überwiesen.